

D4NEU4 Der Bundesverband Campusgrün - grün-alternativer Hochschulgruppen lehnt den Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP ab.

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 10.2. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Als Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen können wir es nicht
2 unkommentiert billigen, wenn der gemeinsame Koalitionsvertrag von Bündnis 90/DIE
3 GRÜNEN, SPD und FDP das Relativieren des 1,5°-Ziels [0], Exzellenzuniversitäten,
4 Rückführungsoffensiven, atomare Teilhabe, Schuldenbremse, HartzIV, eine Absage
5 an notwendige Umverteilung und absolute Ignoranz in der Mietenfrage beinhaltet.
6 In großen Teilen erachten wir den Koalitionsvertrag daher als unzureichend, um
7 den akuten Krisen adäquat zu begegnen. An anderer Stelle zeigt der
8 Koalitionsvertrag auf, wie schnell Veränderung möglich ist, wenn die Union nicht
9 an einer Bundesregierung teilhaben wird.

10 Entgegen der in der Öffentlichkeitsarbeit von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie der
11 veröffentlichten Meinung herrschenden Deutung der Wahlergebnisse (bzw.
12 insbesondere des zwischenzeitlichen grünen Umfragehochs) wissen wir: Die
13 Zustimmung zu den GRÜNEN hat wenig mit den politischen Schaukämpfen der
14 Partieliten zu tun, sondern ist der in den letzten Jahren starken
15 Ökologiebewegung (v.a. FFF und den Waldbesetzungskämpfen) zu verdanken. Und
16 auch, wenn die GRÜNEN schon längst keine Partei mehr mit Verwurzelung in den
17 sozialen Bewegungen sind, wäre es absolut notwendig gewesen, diesen
18 gesellschaftlichen Druck parlamentarisch abzusichern. Einer stärkeren
19 Priorisierung der ökologischen Frage standen auch die möglichen
20 Spitzenkandidat*innen im Weg: Eine Außenpolitikerin und ein liberaler Philosoph
21 sind leider keine besonders authentischen Protagonist*innen in einem
22 Klimawahlkampf. Ironischerweise hat damit gerade der Kanzler*innenamtswahlkampf
23 die Möglichkeiten auf das Kanzler*innenamt verbaut. Aber auch im Anschluss wäre
24 wenigstens noch Schadensbegrenzung möglich gewesen: Die GRÜNEN hätten - anstatt
25 mit SPD und FDP auf Kuschelkurs zu gehen - frühzeitig klarmachen müssen, dass
26 eine Koalition, die das 1,5°-Ziel nicht halten kann, ausgeschlossen ist.

27 Die Zustimmung zu den GRÜNEN ist eng mit der in den letzten Jahren starken
28 Ökologiebewegung (v.a. FFF und den Waldbesetzungskämpfen) verknüpft. Und auch,
29 wenn die GRÜNEN schon lange ihre Verwurzelung in den sozialen Bewegungen
30 vernachlässigt haben, wäre es absolut notwendig gewesen, diesen
31 gesellschaftlichen Druck parlamentarisch abzusichern. Die GRÜNEN hätten -
32 anstatt mit SPD und FDP auf Kuschelkurs zu gehen - frühzeitig klarmachen müssen,
33 dass eine Koalition, die das 1,5°-Ziel nicht halten kann, ausgeschlossen ist.

34 Diese taktischen Fehler rächen sich jetzt:

35 Im Koalitionspapier wird ausdrücklich vermieden, der Klimakrise den Kampf
36 anzusagen. So ist "idealerweise" (also: nicht verpflichtend) ein Kohleausstieg
37 bis 2030 geplant, gleichzeitig soll die schädliche Erdgasinfrastruktur ausgebaut
38 werden. Des Weiteren ist kein Ausstieg aus dem Verbrennermotor bis 2030
39 vorgesehen, kein Ende klimaschädlicher Milliardensubventionen, kein Tempolimit -
40 und eine angestrebte Klimaneutralität ab 2045 ist viel zu spät. Hinzu kommt,
41 dass selbst die wenigen Ziele mit dem Festhalten an der Schuldenbremse nicht
42 verwirklicht werden können. Vor diesem Hintergrund stimmen wir Fridays For

43 Future zu, wenn sie sagen: »Mit ihren vorgelegten Maßnahmen entscheiden sich die
44 drei Parteien bewusst für eine weitere Eskalation der Klimakrise« (Spiegel).
45 Auch in unserem Grundsatzprogramm stellen wir uns gegen jenes "Propagieren einer
46 sog. green economy" als Stütze der "vorherrschenden kapitalistischen
47 Verwertungslogik", wie sie die Ampel anstrebt.

48 Aber auch die vor allem vom "Realo"-Flügel propagierte Logik, dass das
49 Verhandlungsergebnis insgesamt stimmen müsse und 'rote Linien' dafür schädlich
50 seien, blamiert sich an der Realität. Dies wollen wir neben der bereits
51 ausgeführten ökologischen Frage an einigen weiteren Aspekten deutlich machen:

52 1. Wissenschaft.

53 Die Regierungskoalition möchte den Wissenschaftsstandort "wettbewerbsfähiger"
54 machen. Dafür werde sie die "bewährte Exzellenzstrategie" an Hochschulen mit
55 neuen Clustern weiterführen (während die Grundfinanzierung um nur 0,3 Prozent
56 steigen soll, was noch nicht mal der Inflationsrate gerecht wird). Auch solle
57 das "soziale Unternehmertum" an Hochschulen gefördert werden. Diese Maßnahmen
58 treiben die konkurrenzbehaftete Neoliberalisierung der Hochschulen noch weiter
59 als bisher voran - und sind somit nicht in Einklang mit unserem
60 Grundsatzprogramm zu bringen. Dieses sieht "Wissenschaft und Forschung dem
61 Gemeinwohl verpflichtet" wofür es eine ausreichende "Grundfinanzierung" als
62 notwendig erachtet. Damit lehnt es "Profitinteressen" sowie
63 "Wettbewerbsorientierung" im Zusammenhang mit Hochschulen ab.

64 2. Soziales.

65 Die Besitzenden können aufatmen: sie werden genauso geringe Steuern wie bisher
66 zahlen, wodurch das Vermögen der Reichen immer weiterwächst. Währenddessen soll
67 der Mindestlohn einmalig (um einen Euro mehr als ohnehin schon geplant war)
68 steigen. Das HartzIV-Konzept, das jetzt den hippen Namen "Bürgergeld" trägt,
69 enthält einige wichtige Veränderungen, wie bspw. die Anerkennung der
70 Angemessenheit der Wohnung in den ersten beiden Jahren, die nicht-Anrechnung von
71 Vermögen, die erleichterten Möglichkeiten von Zuverdiensten, die mindestens
72 temporäre Aussetzung der Sanktionen. Aber die nötigste Veränderung, die
73 wesentliche Anpassung der Höhe, bleibt fatalerweise aus. Das Pflegepersonal
74 bekommt einen einmaligen Zuschuss - "höhere Löhne" sind zwar erwähnt, aber nicht
75 wann und in welchen Dimensionen. Umverteilung und Enteignung mit dem Ziel einer
76 freien und solidarischen Gesellschaft, wie wir sie anstreben, sieht anders aus!

77 3. Internationalismus.

78 Laut Koalitionsvertrag soll vorrangig eine »Rückführungsoffensive« (sprich:
79 Abschiebungen) gestartet werden. Außerdem sei "reguläre Migration zu
80 befürworten". Demnach wird Flucht nicht als "regulär", also als abzulehnen
81 verortet. Eine offene, internationale "Willkommenskultur" sieht anders aus. Auch
82 wolle man die Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen sowie atomwaffenfähigen
83 Kampfflugzeugen ermöglichen. Der Sicherheitsstaat Deutschland wird ausgebaut
84 und somit solidarischen internationalen Kooperationen den Kampf angesagt.
85 Dementgegen vertreten wir den Grundsatz, dass "eine Rückkehr zur Isolation und
86 Nationalismus [...] lediglich von Problemen ab[lenkt] und [...] diese nur noch
87 größer werden [lässt]". Stattdessen müsse "allen Menschen [...] die
88 Mitgestaltung dieser Gesellschaft ermöglich[t]" werden.

89 An diesen ausgewählten Kritikpunkten wird bereits deutlich, dass vom Vorsatz der
90 Ampel "das Land besser zu machen" (Scholz) zwar ein Teil der Gesellschaft
91 Verbesserungen erwarten darf, der Großteil der Gesellschaft national sowie
92 international aber nur wenig oder nicht profitieren wird. Dabei ist zu betonen,
93 dass der Koalitionsvertrag auch bedeutende und hart erkämpfte Erfolge
94 hervorbringt (bspw. Wahlalter ab 16, Cannabis-Legalisierung, Abschaffung des
95 Transsex.-Gesetz, Abschaffung §219a). Diese progressiven Elemente bedürfen nun
96 einer raschen Umsetzung, während zeitgleich damit nicht die Defizite des
97 Vertrages außer Acht gelassen werden dürfen.

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112 Als Campusgrün sehen wir in einigen Punkten des Koalitionsvertrag ein Chance,
113 vielen Menschen das Leben wenigstens ein Stück weit zu erleichtern. Gleichzeitig
114 bleibt der Koalitionsvertrag aber in vielen oben genannten Punkten hinter
115 unseren Erwartungen zurück. Wir stellen uns als Bundesverband nicht gegen die
116 angestrebten Änderungen, die für viele Menschen lang erhofft waren und erkämpft
117 wurden. Dennoch können wir der neuen Regierungskoalition keinen
118 Vertrauensvorschuss gewähren.

119 [0] <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/studie-klimaziele-ampel-101.html>

Begründung

Begründung s. Antrag/folgt mündlich